

## **Wolfgang Bosbach: Warum ich nicht noch einmal gewählt werden will**

Von Euro bis Einwanderung: Ich stehe für Positionen, die die Union früher vertrat - heute nicht mehr. Deshalb ist 2017 Schluss

Zugegeben: Etwas kurios ist die Lage schon. Bei keinem Thema von Bedeutung vertrete ich eine Position, die früher nicht die Haltung meiner Partei war. Wohlgermerkt: war! Dieses kleine Wort ist der Grund für mein – und nicht nur mein – Dilemma.

Natürlich erwarten die Spitzen von Parteien und Fraktionen von ihren Mitgliedern ein hohes Maß an Solidarität. In jeder Fraktionssitzung, gewiss nicht nur in der von CDU und CSU, wird von der Führung eindringlich darauf hingewiesen, wie wichtig Geschlossenheit ist, dass die Wähler innerparteilichen Streit mit Liebesentzug bestrafen. Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG schön und gut – aber wer von der Linie abweichende Positionen vertritt, sollte sie wenigstens nicht öffentlich äußern. Na gut.

Was aber, wenn der viel zitierte umworbene Souverän von den Volksvertretern die Einhaltung von (Wahl-)Versprechen einfordert, während die Spitze von Partei und Fraktion längst eine Kurskorrektur vorgenommen hat?

Gerade CDU und CSU hatten den Bürgerinnen und Bürgern vor der Einführung des Euro versprochen, das einzige Ziel sei eine Währungsunion. Eine Haftungs- oder gar Transferunion sei nicht nur nicht gewollt, sie sei sogar ganz und gar unmöglich.

Schließlich gäbe es fest vereinbarte Stabilitätskriterien, die strikt beachtet würden, und wenn nicht, gäbe es – selbstverständlich – spürbare Sanktionen.

Tatsächlich setzten wir seit Jahren den Weg von der Währungs- über die Haftungs- in Richtung Transferunion ungebremst fort; und am Rande sorgt die "Stabilitätspolitik" der EZB mit beeindruckender Konsequenz dafür, dass die traurigen Sparer – wenn überhaupt – nur noch Zinsen knapp oberhalb der Wahrnehmungsschwelle erhalten.

Nebenan strahlen die Finanzminister des Bundes und der Länder, die ihren Kreditbedarf zu nie gekannten Niedrigzinsen (re-)finanzieren können.

Bei den heftigen Debatten um das neue rot-grüne Zuwanderungsgesetz von 2004 haben CDU und CSU, an der Spitze unser damaliger Chef-Innenpolitiker Günther Beckstein, dafür gekämpft, dass die "Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung" ausdrücklich als Gesetzesziele genannt werden. Wie aber kann dieses Ziel erreicht werden, wenn in einem einzigen Jahr über zwei Millionen Migranten zuwandern, darunter über eine Million als Flüchtlinge und darunter Hunderttausende ohne Papiere, mit unklarer Identität und Nationalität? Und wenn die Bundesregierung ausdrücklich betont, dass die Flüchtlingskrise "Deutschland verändern wird", dann würde nicht nur ich gerne und möglichst präzise wissen: Wie? Und welche Folgen werden diese Veränderungen für unser Land auf Dauer haben?

Nein, ich bin wirklich **kein** Rebell. Aber ich möchte nicht in wichtigen Fragen gegen die auch von mir gewählte Kanzlerin argumentieren oder im Parlament votieren. Auch nicht gegen eine große Mehrheit in der Fraktion, gegen meine Kolleginnen und Kollegen. "Ich möchte nicht die Kuh sein, die quer im Stall steht!", war etwas flapsig formuliert, aber ganz ernst gemeint. Also musste ich mich entscheiden. "Alternativlos" war auch diese Entscheidung nicht, aber der permanente Spagat zwischen Loyalität und Überzeugung muss einmal beendet werden. 2017 ist hierfür der richtige Zeitpunkt.

Quelle: FOCUS 35/2016, Seite 62

**Wolfgang Bosbach**, CDU-Politiker und Rechtsanwalt, geb. am 11.06.1952 in Bergisch Gladbach, wurde in seinem Wahlkreis stets mit Rekordergebnissen direkt gewählt. Er war von Februar 2000 bis November 2009 stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion der Union und von November 2009 bis Juli 2015 Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages. Am 22. August 2016 verkündete er, 2017 nicht mehr für den Bundestag kandidieren zu wollen.

**Kommentar dazu von Helmut Markwort (FOCUS 35/2016, Seite 122):**

Ein Verlust ist zu melden. Der Volksvertreter Wolfgang Bosbach will 2017 nicht mehr für den Bundestag kandidieren. Das ist bedauerlich für seine Partei CDU, bedauerlich für den Bundestag und für die deutsche Öffentlichkeit.

Wolfgang Bosbach ist ein freier Geist und ein unabhängiger Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur seinem Gewissen unterworfen.

So idealisiert das Grundgesetz den Parlamentarier, und so wünschen ihn sich auch viele Wähler.

Aber die Gunst der Wähler allein garantiert keine politische Karriere. Sechsmal haben seine rheinisch-bergischen Landsleute Wolfgang Bosbach direkt in den Bundestag gewählt, wo ihm große Chancen zugebilligt wurden. Mehrfach wurde er als Innenminister gehandelt, war immerhin fast zehn Jahre lang stellvertretender Vorsitzender der Fraktion von CDU und CSU.

Als er häufiger Entscheidungen der CDU-Chefin nicht folgen wollte, wechselte er in den Vorsitz des parlamentarischen Innenausschusses. Dieses Amt legte er nieder, weil er weitere Rettungspakete für Griechenland ablehnte.

Konträr zu seinem Abrutschen in der Partei-Hierarchie verlief sein Aufstieg in den Talkshows. Er war überall eingeladen, und er sagte überall zu. Der hat gar kein Zuhause, ulkten Spötter, der wohnt im Fernsehstudio.

Wegen seiner Haltung ist der Talkgast Bosbach genauso geschätzt wie wegen seiner Begabung, Probleme und Situationen allgemein verständlich zu beschreiben.

Seine Gegner in der CDU werden sich freuen, dass er nicht mehr mitspielen will.

Sie übersehen, dass er mit seiner Position auch Wähler an die Partei gebunden hat.